

# Sebastian Kurz offen für einen späteren EU-Austritt der Briten

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz signalisiert: Wenn London seine Vorstellungen präzisiert und eine ordentliche Strategie vorlegt, dann ist eine Verschiebung des EU-Austritts vorstellbar

Während die Verantwortlichen in London hektisch an einem „Plan B“ für das Brexit-Abkommen arbeiten, mit dem Premierministerin Theresa May am Montag eine Mehrheit des britischen Unterhauses überzeugen will, kommen aus der EU Signale des Entgegenkommens – wenngleich unter Bedingungen.

VON SILKE MÜLHERR UND ROBIN ALEXANDER

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz signalisierte im Interview mit dieser Zeitung die Bereitschaft, den EU-Austritt Großbritanniens zu verschieben. „Wenn London eine ordentliche Strategie und einen Plan vorlegt, dann wäre eine Verschiebung des Austrittstermins um ein paar Monate vorstellbar“, sagte Kurz im Interview der **WELT AM SONNTAG**. „Großbritannien ist jetzt am Zug, seine Vorstellungen zu präzisieren“, mahnte der ÖVP-Politiker. Bislang sieht der Zeitplan vor, dass das Vereinigte Königreich am 29. März die EU verlässt.

Der österreichische Regierungschef betonte zudem, dass die EU-Kommission Großbritannien bereits weit entgegengekommen sei. Auf der Gegenseite habe es die britische Regierung bisher jedoch versäumt, eine klare Verhandlungsposition zu entwickeln. „Trotz enormer Anstrengungen des europäischen Brexit-Chefunterhändlers Michel Barnier ist es bisher nicht gelungen, den ausgehandelten Kompromiss durchs britische Parlament zu bringen“, kritisierte Kurz.

Die angeschlagene britische Regierungschefin May war am Dienstag im Unterhaus mit ihren Vorstellungen vom britischen EU-Austritt gescheitert, hatte anschließend aber einen Misstrauensantrag der Labour-Partei überstanden. In London wird nun ein Weg gesucht, ein ungeregeltes Ausscheiden Großbritanniens aus der EU Ende März doch noch abzuwenden.

„Ein harter, ungeordneter Brexit würde uns allen schaden“, sagte Sebastian Kurz. Daher verfolge man in der EU die Strategie, ein No-Deal-Szenario zu vermeiden. „Aber auch darauf sind wir vorbereitet“, warnte der Bundeskanzler die Briten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schloss sich dieser Mahnung an, versicherte aber zugleich, man werde bis zum letzten Tag an einer vertraglichen Lösung für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union arbeiten. Es bestehe die Verantwortung, diesen Trennungsprozess so verantwortlich wie möglich zu gestalten, sodass man in 50 Jahren nicht den Kopf schüttele und sich frage: „Warum waren die nicht in der Lage, einen Kompromiss zu finden?“, sagte die Kanzlerin beim Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommerns in Rostock. Es sei klar, dass Großbritannien auch künftig ein enger Partner Europas bleiben müsse. „Aber natürlich haben wir zu respektie-

ren, wenn Großbritannien nicht weiter Mitglied der Europäischen Union sein will.“

Auch Katarina Barley, SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, plädiert in der Brexit-Debatte für ein Zugehen der EU auf Großbritannien. An dem Abkommen selbst würde sie zwar nichts mehr verändern, sagte die Justizministerin. Aber in Verfahrensfragen könne die EU „sehr wohl noch einige Schritte auf die Briten zugehen“.

Unterdessen steigt der Druck in Großbritannien auf Premierministerin Theresa May weiter. Noch bevor sie überhaupt ihren „Plan B“ vorgelegt hat, forderte die oppositionelle Labour-Partei Neuwahlen. „Die Misstrauensabstimmung am Mittwoch war erst der Anfang der Labour-Bemühungen um Neuwahlen – nicht das Ende“, kündigte der Brexit-Schattenminister von Labour, Keir Starmer, am Samstag in London an. Ein weiterer Gang an die Urnen sei der einzige Weg, „den radikalen Wandel einzuleiten, den dieses Land braucht“. May lehnt eine Neuwahl bisher ab und betont, sie suche weiter den Konsens aller Parteien. Ob eine Neuwahl der Labour-Partei nützen würde, ist allerdings unklar. Umfragen legen nahe, dass Labour keine Wähler hinzugewinnen würde, wenn die gesplante Partei für einen Verbleib in der EU einträte.



MARTIN U. KLEMMANN/WELT

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz in Berlin

S

Seinen Fans gilt er als politisches Ausnahme-talent, das Europa aufmischt. Kritiker werfen ihm seinen Ehrgeiz und die Koalition mit den Rechtspopulisten der FPÖ in Wien vor. Sicher ist: Sebastian Kurz, der österreichische Bundeskanzler, polarisiert. Der 32-Jährige hat soeben die EU-Ratspräsidentschaft an Rumänien abgegeben. In Wien hatte man sich für diese Führungsaufgabe viel vorgenommen: etwa die illegale Migration zu bekämpfen und den Schutz der EU-Außengrenze zu stärken.

VON SILKE MÜLLHERR UND ROBIN ALEXANDER

**WELT AM SONNTAG:** Täuscht der Eindruck, oder haben Sie viele Ihrer Ziele für die EU-Ratspräsidentschaft nicht erreicht?

**SEBASTIAN KURZ:** Ich meine, unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben zum Beispiel erhebliche Verhandlungsfortschritte beim nächsten EU-Budget erreicht und über 50 Trilogie mit dem Europäischen Parlament erfolgreich abgeschlossen. Aber natürlich gibt es auch Themen, die noch nicht gelöst sind. Trotz enormer Anstrengungen des europäischen Brexit-Chefverhandlers Michel Barnier ist es bisher nicht gelungen, den ausgehandelten Kompromiss durchs britische Parlament zu bringen.

**Müsste die EU den Briten stärker entgegenkommen?**

Großbritannien ist jetzt am Zug, seine Vorstellungen zu präzisieren. Wenn London eine ordentliche Strategie und einen Plan vorlegt, dann wäre eine Verschiebung des Austrittstermins um ein paar Monate vorstellbar. Sicher ist nur: Ein harter, ungeordneter Brexit würde uns allen schaden. Daher ist unser Ziel weiterhin, ein No-Deal-Szenario zu vermeiden, aber auch darauf sind wir vorbereitet.

**Das Thema, mit dem Sie auch in der deutschen Öffentlichkeit stark wahrgenommen werden, ist die Bekämpfung illegaler Migration. Hier ist der Durchbruch ausgeblieben.**

Da widerspreche ich deutlich! Bei der Eindämmung der Migration haben wir im vergangenen Jahr sehr viel erreicht. Wir haben eine Trendwende eingeleitet, inzwischen ist die Zahl der illegalen Ankünfte um 95 Prozent im Vergleich zu 2015 zurückgegangen. Endlich haben wir den alleinigen Fokus auf die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas überwunden und konzentrieren uns stattdessen auf einen verbesserten Schutz der Außengrenze und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Wir haben klare Spielregeln für Nichtregierungsorganisationen im Mittelmeer geschaffen, wir kooperieren mit Ägypten und der libyschen Küstenwache. Seit Schlepperboote von Ägypten oder der libyschen Küstenwache aufgegriffen und nach Nordafrika zurückgebracht werden, treten weniger Menschen die gefährliche Flucht übers Mittelmeer an. Unser wichtigstes Ziel haben wir also erreicht: Das massenhafte Ertrinken im Mittelmeer ist beendet.

**Aber es stimmt doch, dass Sie ursprünglich viel mehr wollten: Anlandeplattformen etwa in Nordafrika. Ist die Idee tot?**

Ich bin und bleibe ambitioniert. Aber das schnellste doch nicht die Tatsache, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Bei den Anlandezentren bestehe ich auf der Unterscheidung zwischen der grundsätzlichen Idee und der Begrifflichkeit. Etwas mit dem Namen „Anlandeplattform“ wird so nicht kommen, weil es dagegen in Nordafrika große Vorbehalte gibt. In der Systematik aber, dass die Rettung aus dem Mittelmeer nicht das automatische Ticket nach Mitteleuropa bedeuten darf, hat diese Idee Bestand. Wenn Menschen sich illegal auf den Weg machen, dann müssen sie nach der Rettung zurückgestellt werden in ihre Herkunftsländer oder Transitländer. Und an diesem Punkt sind wir, zumindest mit Ägypten und Libyen. Wenn es nach mir geht, dann vertiefen wir auch mit Tunesien und Marokko unsere Zusammenarbeit noch weiter.

**Haben Sie also den Widerstand gegen den Begriff unterschätzt – oder hat es diese klare Bezeichnung gebraucht, um überhaupt erst Bewegung in die europäische Debatte zu bringen?**



Bundeskanzler Sebastian Kurz führt seit einem Jahr die türkis-blaue Koalition in Wien

# Bei der Eindämmung der Migration haben wir sehr viel erreicht

Es kommen 95 Prozent weniger Flüchtlinge nach Europa als 2015, und Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz glaubt zu wissen, warum: Die EU habe endlich auf ihn gehört

Ich möchte klarstellen, dass der Begriff „Anlandeplattform“ nicht von mir stammt. Ich unterstütze und werbe für die grundsätzliche Idee, aber das Wort habe ich ganz sicher nicht erfunden. In den Gipfelbeschlüssen, ein Text über den 28 EU-Regierungen gerungen haben, tauchte dann irgendwann dieser sperrige und bürokratische Begriff auf.

Die Genauigkeit des Begriffs deutet ja doch auf eine mögliche Herkunft aus dem deutschen Sprachraum hin, oder? (lacht) Ja, „Anlandeplattform“ klingt tatsächlich etwas Deutsch, nicht wahr? Wichtiger als diese Frage aber ist doch, dass wir eine Trendwende hinbekommen haben. 2015 war die Mehrheit der EU-Staaten noch der Überzeugung, dass es offene Grenzen und die unbeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen braucht. Nach Monaten der zermürbenden Diskussionen über gerechte Verteilung haben sich immer mehr europäische Regierungen der Meinung angeschlossen, die ich von Anfang an vertreten habe. Wir müssen selbst darüber entscheiden, wer zu uns kommen darf. Und wir beenden das Sterben auf dem Mittelmeer. Darauf kommt es an.

Von kontrollierten Außengrenzen zu sprechen erscheint doch etwas optimistisch. Ist die Aufstockung der Grenzschutz-Truppe Frontex auf 10.000 Mann bis 2027 nicht eher viel zu spät?

Natürlich wäre ein früherer Aufbau der Frontex-Truppe besser. Verhindert ha-

ben das ausgerechnet jene Mitgliedstaaten, die eine EU-Außengrenze haben. Griechenland, Italien oder Spanien melden große Vorbehalte an, sie fürchten offenbar einen Eingriff in ihre Souveränität. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, wengiglich es nicht nachvollziehen kann. Immerhin konnten wir das Frontex-Mandat so verändern, dass nun Rückführungen und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten verstärkt werden sollen.

**Hätten Sie sich von Angela Merkel mehr Unterstützung erwartet?** Es ist kein Geheimnis, dass Berlin und Wien unterschiedliche Auffassungen zum richtigen Umgang mit Flüchtlingen hatten. Aber ich nehme wahr, dass sich die Position in Deutschland dazu durchaus verändert hat.

**Im Kanzleramt löste Ihre Abkehr vom UN-Migrationspakt großen Unmut aus. Sie haben das Thema damit erst auf die Agenda gesetzt in Deutschland. Haben Sie die Verärgerung Ihrer EU-Partner in Kauf genommen, um Ihrem Koalitionspartner FPÖ entgegenzukommen?**

Ich kann leider keinen Pakt unterschreiben, dessen Inhalte ich nicht teile. Ich respektiere vollkommen, dass Berlin den Migrationspakt angenommen hat. Und ich bitte genauso, dass man in Berlin die österreichische Entscheidung zum Migrationspakt akzeptiert. Was uns beim Pakt missfiel, war die unzulässige Vermischung von Asyl und Migrati-

on. Wer vor Krieg oder Verfolgung flieht, hat Schutz verdient. Wer jedoch auf der Suche nach einem besseren Leben ist, kann sich nicht einfach eine neue Heimat aussuchen. Es ist das gute Recht von Staaten, selbst darüber zu entscheiden, wer zuwandern darf.

**Der CDU-Politiker Jens Spahn, der Ihnen politisch sehr nahesteht, sagte: „Österreich ist uns nicht Beispiel, sondern Warnung.“ Wenn Ihre Freunde so etwas sagen, haben Sie dann ein Problem?**

Ich kann keine Distanzierung wahrnehmen. Wenn Jens Spahn davor warnt, dass die rechten Parteien in Europa nicht stärkste Kraft werden dürfen, dann teile ich seine Einschätzung, denn wir brauchen eine starke Mitte. Wir freuen uns gemeinsam, wenn in Österreich die christlich-konservative Partei vorn liegt und in Deutschland die Union. Die ÖVP hat sich in Österreich von 20 Prozent in den Umfragen wieder zurück an die erste Stelle mit jetzt 35 Prozent gearbeitet. In Deutschland ging der Trend bei den Unionsparteien in der gleichen Zeit nach unten. Ich wünsche aber auch der Union in Deutschland, dass sie es bei der Europawahl schafft, stärkste Partei zu bleiben.

**Wird das mit Manfred Weber von der CSU als konservativem Spitzenkandidaten gelingen?**

Manfred Weber ist der richtige Mann dafür, er wird einen erfolgreichen Wahlkampf hinlegen.

## Sebastian Kurz Bundeskanzler in Österreich

Er ist mit Abstand der jüngste Regierungschef Europas, doch unterschätzt wird er wegen seines Alters von keinem mehr. Sebastian Kurz, 1986 geboren, hat in kürzester Zeit Karriere gemacht. Seit 2017 ist er Bundeskanzler von Österreich. Zuvor war er Außenminister und Staatssekretär für Integration. Sein Jura-Studium hat Kurz nie abgeschlossen, 2010 ging er direkt in die Politik und wurde Abgeordneter im Wiener Gemeinderat.

**Sie schließen also aus, dass die EU-Regierungschefs nach der Wahl doch im Hinterzimmer einen ganz anderen Kandidaten vorschlagen?**

Der Spitzenkandidat der stärksten Kraft sollte anschließend auch EU-Kommissionspräsident werden. Manfred Weber setzt die richtigen Prioritäten, um die EU in die Zukunft zu führen. Dazu gehört vor allem, der Überregulierung den Kampf anzusagen. Wir sollten uns in der EU stattdessen auf einige wenige Themen konzentrieren, ich denke da an Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

**Sie haben den Reformbedarf der EU angesprochen. Welche Aufgaben müssen zwingend angepackt werden?**

Europa ist dabei, im globalen Wettbewerb um die besten Ideen abgehängt zu werden von China und von den USA. Ich spüre bei uns gleichzeitig eine weitverbreitete Angst vor Innovation. Wenn immer wir etwas Neues angehen, fokussieren wir uns zu stark auf die Risiken und auf ihre Beherrschung, statt die Chancen im Blick zu behalten. Das Ergebnis ist Überregulierung, die Innovationen hemmt. Zudem steckt die EU in einer internen Krise. Es besorgt mich sehr, dass wir nicht die Kraft aufbringen, diesen Stillstand zu überwinden. Wir müssten zum Beispiel zwingend das Einstimmigkeitsprinzip überdenken, das Entscheidungsfindungsprozesse in der EU bremst.

**Hat Deutschland den Schwung für eine Erneuerung ausgebrems, der von Emmanuel Macron ausging?**

Nur weil man etwas Reform nennt, muss es deswegen noch lange nicht in die richtige Richtung gehen. Emmanuel Macrons Vorschlag eines gemeinsamen Euro-Zonen-Budgets oder die Idee eines EU-Finanzministers halte ich für den falschen Ansatz. Warum sollten wir mangelnden Reformwillen mit zusätzlichem EU-Geld belohnen? Das können wir hart arbeitenden Steuerzahlern in Deutschland, Österreich oder den Niederlanden nicht erlauben.

**Woher sollen denn die richtigen Reformimpulse kommen?**

Aus der Mitte der EU. Von all jenen, die verstanden haben, dass es nicht ausreicht, nur über die Verteilung unseres schrumpfenden Wohlstands zu diskutieren. Die Euro- und die Migrationskrise haben uns gelehrt, dass wir unsere wichtigsten Regeln einhalten müssen, wenn wir handlungsfähig bleiben wollen. Solange wir keine besseren Lösungen haben, sollten die Dublin-Regeln gelten. Danach müssen Flüchtlinge sich in jenem EU-Land registrieren, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten haben. Dasselbe gilt für die Stabilität der Währungszone. Die EU-Kommission sollte dann die kleinen, sondern auch große Euro-Staaten wie Frankreich dazu anhalten, den Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten.

**Der Widerstand in der Bevölkerung gegen Reformen ist bisweilen groß. Auch in Österreich gingen 120.000 Menschen auf die Straße, um gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu protestieren. Ihre Kritiker attestieren Ihnen neoliberale Kälte. Greift Sie das an?**

Wir hatten in Österreich 60 Jahre lang ein Haushaltsdefizit. Wie wollen Sie das überwinden außer durch Anpassungen, die für einige auch schmerzhaft sind? Inzwischen hat sich in den Umfragen eine Mehrheit hinter diese Neuerung gestellt. Meine Regierung hat sehr viele Reformen angestoßen, um den Standort Österreich nach vorn zu bringen. Das Wirtschaftswachstum liegt inzwischen bei 2,7 Prozent, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig. 2019 erzielen wir erstmals wieder einen Haushaltsüberschuss. Die Zahlen geben uns recht: Wenn man entschlossen genug ist, dann ist vieles möglich. Zum Beispiel führen wir nun in Österreich eine Digitalsteuer ein und sind damit Vorreiter in Europa. Es kann ja nicht sein, dass klassische Unternehmen und Handwerksbetriebe wesentlich mehr Steuern zahlen als Internetgiganten wie Facebook oder Google. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

**Eine letzte Frage zu Ihrem Koalitionspartner FPÖ. Ihr Innenminister Herbert Kickl hat eine Razzia beim Bundesamt für Verfassung angeordnet, dabei sollen vertrauliche Erkenntnisse zur rechtsextremen Szene entwendet werden sein. Grenz sich die FPÖ Ihrer Meinung nach glaubwürdig genug ab vom rechten Rand?**

Was das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung betrifft, so ist das nun Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und bei Gerichten anhängig. Ich habe volles Vertrauen in unser Parlament und unsere unabhängigen Gerichte.